

Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“
Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Pressemitteilung, Ahaus/Jülich/Münster/Bottrop, 21. Januar 2026

Anti-Atom-Organisationen schreiben NRW-Landesregierung: Castor-Briefe an Wüst, Neubaur und Reul

„NRW-Landesregierung soll politisches Zeitfenster nutzen“

24. Januar, 11 Uhr: Demo Autobahn-Rasthof Bottrop-Süd „Hochradioaktiver Atommüll gehört nicht auf die Autobahn“

Mit Schreiben an NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) sowie Innenminister Herbert Reul (CDU) versuchen die Anti-Atomkraft-Initiativen im Münsterland und Jülich sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) neuen Schwung in die politische Castor-Debatte zu bringen. Es geht um die 152 Castor-Behälter mit rund 300 000 hochradioaktiven Brennelementekugeln, die vom Forschungszentrum Jülich in einem mehrjährigen Kraftakt über die Autobahn ins Zwischenlager Ahaus gebracht werden sollen.

Die Anti-Atom-Organisationen fordern von Wüst und Neubaur eine Einladung an die Bundesregierung zu Last-Minute-Gesprächen, um die Weiterlagerung des Jülicher Atommülls vor Ort zu ermöglichen. Zugleich laden sie die beiden Spitzenepolitiker:innen erneut ein, sich in Ahaus der Diskussion mit der Bevölkerung zu stellen. Von Innenminister Reul wollen die Organisationen wissen, ob seine schriftliche Zusage von Ende November 2025 weiterhin gilt, dass er zunächst den Ausgang des juristischen Streits um den Sofortvollzug der Transportgenehmigung für die Castoren vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg abwarten wird, bevor ein erster Atommüll-Transport starten kann.

Zugleich rufen die Organisationen zusammen mit dem BUND NRW und weiteren Initiativen für jetzt Samstag, 24. Januar, um 11 Uhr zu einer Demonstration am Autobahn-Rasthof Bottrop-Süd an der Castor-Autobahn A2 auf. Die Demo beginnt mit einer Kundgebung an der Kreuzung Oberhausener Straße / Hanielstr. / Im Fuhlenbrock und wird durch den Stadtteil Bottrop-Fuhlenbrock führen, um die Anwohner:innen zu informieren. Die Demo steht unter dem Motto „Castor-Lawine Jülich-Ahaus stoppen – hochradioaktiver Atommüll gehört nicht auf die Autobahn“.

Der Autobahn-Abschnitt der A2 zwischen Oberhausen und Bottrop liegt auf halbem Weg der 170 Kilometer langen Strecke zwischen Jülich und Ahaus und ist durch eine Großbaustelle ein offensichtliches, sicherheitstechnisches Nadelöhr. Die verengten Fahrbahnen machen eine seitliche Abschirmung der Castor-LKW unmöglich und dürften deshalb im Ernstfall zu einem Polizei-Großeinsatz mit zahlreichen Absperrungen führen.

„Hochradioaktiver Atommüll gehört nicht auf die Autobahn. Deshalb werden wir in Bottrop unseren Protest öffentlich sehr deutlich machen – wir fordern weiterhin eine politische Lösung zwischen Bundes- und Landesregierung, die eine möglichst sichere Weiterlagerung

des Atommülls in Jülich ermöglicht. Aus diesem Grund haben wir der NRW-Landesregierung jetzt noch einmal geschrieben“, erklärten Marita Boslar vom Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich und Jens Dütting von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ gemeinsam.

Die Anwohner:innen entlang der Autobahnen wurden bislang weder von der Bundes- noch der Landesregierung oder der Polizei unterrichtet. Die Proteste dienen also auch der öffentlichen Information über die erheblichen Unfall- und Sicherheitsgefahren der LKW-Atommülltransporte. Die Gewerkschaft der Polizei spricht angesichts der „sinnlosen Mammutaufgabe“ seit Monaten von „Wahnsinn“. Denn auch das Zwischenlager Ahaus ist neben Gorleben das älteste in Deutschland und bietet keine Dauerlösung. 2036 läuft auch in Ahaus die Genehmigung aus. Ein sicheres Endlager wird es auf Jahrzehnte nicht geben. In dieser Situation machen Atommülltransporte von einem Zwischenlager in ein anderes keinen Sinn. Sie sorgen angesichts von maroden Autobahnen und Brücken, von Drohnen und der Gefahr schwerer Unfälle nur für neue, unkalkulierbare Risiken.

„Wer in diesen unsicheren Zeiten auf die Idee kommt, dutzende Male hochradioaktiven Atommüll in riesigen Polizei-Konvois über die ohnehin überlasteten NRW-Autobahnen zu schicken, handelt unverantwortlich. Es ist absolut unverständlich, warum von der NRW-Landesregierung so wenig zu hören ist. Wenn NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst wirklich auf jeden Castor gut verzichten kann, wie er letzten Sommer gesagt hat, dann muss er jetzt endlich die Initiative ergreifen, um die hochriskante Atommüll-Lawine für NRW zu verhindern. Die BUND-Beschwerde vor dem OVG Berlin-Brandenburg bietet ein politisches Zeitfenster“, ergänzte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Hinweis für die Redaktionen:

Die beiden Briefe an die NRW-Landesregierung finden Sie unter diesen beiden Links:

https://sofa-ms.de/wp-content/uploads/2026/01/Brief-Castor_Zukunft-Wuest-Neubaur-150126.pdf

<https://sofa-ms.de/wp-content/uploads/2026/01/Brief-Reul-Castor-150126.pdf>

Kontakte:

Marita Boslar, Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich, Tel. 0176-52270865

Jens Dütting, BI „Kein Atommüll in Ahaus“, Tel. 0176-38368325

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023

Weitere Infos:

www.bi-ahaus.de, www.westcastor.org , www.sofa-ms.de , www.bbu-online.de